



**Motion von Thomas Meierhans, Laura Dittli und Peter Rust
betreffend Zug investiert in eine Impfstoffproduktion in Form einer Public-private-
Partnership-Zusammenarbeit**
(Vorlage Nr. 3231.1 - 16582)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 7. September 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsratsmitglieder Thomas Meierhans, Laura Dittli und Peter Rust haben am 15. April 2021 die Motion betreffend Zug investiert in eine Impfstoffproduktion in Form einer Public-private-Partnership-Zusammenarbeit eingereicht. Der Kantonsrat hat die Motion am 1. Juni 2021 an den Regierungsrat zur Antragsstellung überwiesen.

Der Regierungsrat unterbreitet Ihnen nachfolgenden Bericht und gliedert ihn wie folgt:

1. In Kürze	1
2. Vorbemerkung	1
3. Beurteilung der Anliegen aus der Motion	2
4. Ergänzende Bemerkungen des Regierungsrats	2
5. Fazit	3
6. Antrag	3

1. In Kürze

Die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, sofort Verhandlungen mit Produzenten von Corona-Impfstoffen aufzunehmen. Dabei gehen sie davon aus, dass der Bund nicht gewillt sei, zusammen mit Privaten die Impfstoffproduktion auszubauen. Daher soll der Kanton Zug als öffentliche Hand zusammen mit der Privatwirtschaft in eine zusätzliche Impfstoffproduktion investieren. Der Regierungsrat lehnt dieses Ansinnen ab. Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen basieren auf komplexen Verfahren, vielen ineinander verwobenen Wertschöpfungsketten und auf der Koordination von globalem Expertenwissen. Daher kann auf der Ebene einzelner Kantone dem Anspruch einer eigenständigen Entwicklung und/oder Produktion nicht nachgelebt werden. Für die momentan grassierende Pandemie hat der Bund die nötigen Schritte schon eingeleitet. Aufgrund dieser Aktivitäten des Bundes erübrigt sich ein Tätigwerden des Kantons. Die Motion ist daher nicht erheblich zu erklären.

2. Vorbemerkung

Politische Forderungen nach einer Impfstoffproduktion in der Schweiz wurden schon in der Vergangenheit immer dann gestellt, wenn eine Infektionskrankheit im Anzug war, welche in eine Pandemie oder zumindest in eine grossflächige Kalamität auszuwachsen drohte. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weisen immer wieder darauf hin, dass es auch zukünftig in unregelmässigen Abständen Pandemien geben wird, wobei die Art des Erregers, dessen Übertragbarkeit und Schadenspotenzial ungewiss bleiben wird. Als sich ab 2004 das H5N1-Virus (Vogelgrippe) weltweit auszubreiten begann und die Weltgesundheitsorganisation der UNO anfangs 2006 der Ansicht war, dass das Virus nicht mehr zu stoppen sei, wurden auch in der

Schweiz entsprechende politische Forderungen laut. Im eidgenössischen Parlament wurden mehrere Fragen und Postulate eingereicht. Die damaligen Antworten des Bundesrates waren jeweils kurz. Er verwies auf die internationale Mitwirkung bei der globalen Bereitstellung von Impfstoffen im Rahmen der UNO und anderer Gremien sowie auf private Initiativen wie namentlich die Bill und Melinda-Gates-Stiftung. Auf nationaler Ebene evaluierte er (der Bund) alle Möglichkeiten. Dies geschehe in Zusammenarbeit mit der staatlichen Forschung an den Universitäten und ETHs und der breit aufgestellten Pharmabranche. Neue Produktionsverfahren würden aufmerksam verfolgt. Weiter führte der Bundesrat damals aus, es gelte auch zu realisieren, dass die Beschaffungskette der Impfstoffherstellung sehr internationalisiert und folglich eine unabhängige Eigenproduktion nicht realistisch sei.

3. Beurteilung der Anliegen aus der Motion

Auch in der aktuellen Covid-19-Pandemie zielen Vorstösse in die gleiche Richtung. So wurden im eidgenössischen Parlament Motionen und Fragen eingereicht mit zum Teil ähnlich lautenden Zielen wie mit der vorliegenden Motion. Der Bundesrat wies erneut auf die hohe Komplexität der Forschung, Entwicklung und Produktion von innovativen Impfstoffen hin. So gelte es, eine Vielfalt von Experten und Wertschöpfungsketten im Sinn der Wirkung und der Effizienz zu koordinieren. Und die von der Schweiz zugelassenen Impfstoffe von Moderna und von Pfizer/Biontech würden in der Schweiz produziert.

Am 14. April 2021 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Departement des Innern, ein verstärktes Engagement des Bundes bei der Herstellung und Entwicklung von Covid-19-relevanten Arzneimitteln inklusive Impfstoffe zu prüfen. Mit der Änderung des Covid-19-Gesetzes vom 20. März 2021 schuf der Bund eine entsprechende Rechtsgrundlage: Art. 3 Abs. 2 Bst. e des Gesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020 (SR 818.102) ermächtigt den Bundesrat, wichtige medizinische Güter herstellen zu lassen und die Herstellung zu finanzieren. Auf Kantonsstufe müsste allenfalls noch die Rechtsgrundlage geschaffen werden.

Da der Bund die notwendigen Schritte eingeleitet hat und ein Kanton alleine nicht über die nötigen Ressourcen an Expertenwissen in Forschung, Entwicklung und Produktion verfügen kann, ist die von den Motionären vorgeschlagene Impfstoffproduktion in Form eines Public-Private-Partnership nicht sinnvoll.

4. Ergänzende Bemerkungen des Regierungsrats

Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen basieren auf komplexen Verfahren, vielen ineinander verwobenen Wertschöpfungsketten und auf der Koordination von globalem Expertenwissen. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch künftig Pandemien auftreten werden ist gross, aber weder Zeitpunkt noch der Erreger sind bekannt. Wenn Resistenzen gebildet werden, so müssen dannzumal die spezifischen Impfstoffe zuerst entwickelt und produziert werden. Eine vorgängige Bereitstellung von Impfstoffen könnte deshalb mit grösserer Wahrscheinlichkeit nutzlos sein. Auch Staaten, deren Industrialisierung weiter fortgeschritten ist, stossen aufgrund der genannten Komplexität und der räumlich verteilten Wertschöpfungsketten an die Grenze der eigenständigen, unabhängigen Entwicklung und Produktion von Impfstoffen.

5. Fazit

Die Schweiz hat die gesetzliche Grundlage geschaffen, um sinnvolle, weitere Schritte in Richtung eigenständiger Entwicklung und Produktion von Impfstoffen unternehmen zu können. Daher kann auf der Ebene einzelner Kantone dem Anspruch einer eigenständigen Entwicklung und/oder Produktion nicht nachgelebt werden. Für die momentan grassierende Pandemie hat der Bund die nötigen Schritte schon eingeleitet.

6. Antrag

Die Motion von Thomas Meierhans, Laura Dittli und Peter Rust betreffend Zug investiert in eine Impfstoffproduktion in Form einer Public-private-Partnership-Zusammenarbeit vom 15. April 2021 (Vorlage Nr. 3231.1 - 16582) sei nicht erheblich zu erklären.

Zug, 7. September 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Landammann: Martin Pfister

Landschreiber: Tobias Moser